



9. März 2010

## Haushalt 2010

### Rede des Vorsitzenden der FDP-Fraktion Dieter Lüddecke

#### Allgemeines:

Das ist heute der schwierigste Haushalt, den wir seit Gründung der Region zu diskutieren haben. In den vergangenen Jahren hatten wir jeweils einen geringen Anstieg der Einnahmen zu verzeichnen. Dem ließen Sie meine Damen und Herren der Mehrheitsgruppe jeweils trotz unserer Warnungen deutlich höhere Ausgaben folgen, so dass das Defizit im Verwaltungshaushalt von Jahr zu Jahr größer wurde. Einzige Ausnahme bildete das letzte Jahr, in dem das Defizit stagnierte, immerhin bei der stolzen Höhe von 495 Mio. Euro.

Jetzt verzeichnen wir für das laufende Jahr erstmals deutlich sinkende Einnahmen bei deutlich steigenden Ausgaben, ohne dass die Region diesen Trend verhindern kann. Der Grund ist allen bekannt. Die wirtschafts- und Finanzkrise beschert uns aufgrund sinkender Steuerkraft der Kommunen und auch des Landes weniger Einnahmen und der Anstieg der Empfänger staatlicher Unterstützungen erhöht die Ausgaben der Region. Wie ist mit dieser Situation umzugehen? Hier unterscheiden sich wie in der Vergangenheit die Ansätze der Fraktionen zum Teil sehr deutlich.

Eines ist sicher und nicht wegzudiskutieren. Die Sünden der Vergangenheit machen in diesem Jahr allein an Zinszahlungen über 44 Mio. Euro aus, und das bei extrem niedrigen Zinssätzen. Was das bei steigenden Zinsen in den nächsten Monaten oder Jahren bedeutet, kann sich jeder ausmalen und müsste Ihnen, die in den vergangenen Jahren die Verantwortung für defizitäre Haushalte hatten, eigentlich schlaflose Nächte bereiten. Aber nein, dies lässt Sie auch weiterhin ruhig schlafen, haben Sie doch mit der Finanzkrise jetzt einen neuen Schuldigen gefunden.

So einfach dürfen wir es uns allerdings nicht machen. Wir sollten vielmehr gemeinsam versuchen, den Haushalt in den nächsten Jahren unabhängig von Wahlen und politischen Mehrheiten zu konsolidieren. Ansonsten läuft uns vor allem der Ergebnishaushalt völlig aus dem Ruder. Ich möchte dies an einigen wenigen Beispielen deutlich machen und beginne mit der Wirtschaftsförderung.

## **Wirtschaftsförderung**

Ziel der FDP war immer die Wirtschaftsförderung aus einem Guss, möglichst verwaltungsfremd und wirtschaftsnah. Deshalb ist es richtig, Aufgaben und Kräfte in einer Gesellschaft wie der Hannover Holding zu bündeln. Über die Ausgestaltung kann man streiten, der Weg ist jedoch der richtige. Wir sollten nur darauf achten, dass in Zukunft keine Doppelstrukturen entstehen. In dem Maße, wie Aufgaben im operativen Geschäft auf die Hannover Holding übergehen, müssen Aufgaben und damit auch Personal im Fachbereich 80 reduziert werden. Deshalb sollten die geplanten Veränderungen in den Strukturen im Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft und Beschäftigung diskutiert und intensiv begleitet werden. Wir erreichen damit zwei Ziele: erstens schaffen wir neue Arbeitsplätze und zweitens entlasten wir den Haushalt der Region.

An dieser Stelle möchte besonders den Unterschied zur Auffassung des Linksbündnisses deutlich machen. Sie meinen die Probleme dadurch zu lösen, dass Sie die Hartz-IV-Sätze erhöhen und ständig neue Formen von Sozialtickets zur Diskussion stellen, wie auch heute wieder. Wir meinen, die beste Lösung ist über eine effiziente Wirtschaftsförderung neue Arbeitsplätze in der Region zu schaffen und dadurch den Arbeitssuchenden neue Perspektiven aufzuzeigen. Das hilft den Menschen und entlastet zugleich den Sozialbereich, der mit Abstand den größten Posten im defizitären Haushalt 2010 bildet. Ein solches Konzept ist für uns der einzig richtige Weg aus der Krise.

## **Verkehr**

Die Region verfügt nach wie vor über ein hervorragend ausgebautes ÖPNV-Netz, das bundesweit Anerkennung findet. Die FDP-Fraktion ist der Auffassung, dass die hohe Verschuldung der Region uns dazu zwingt, in Zukunft noch genauer als in der Vergangenheit zu prüfen, welche Maßnahmen zurzeit zwingend notwendig sind und damit im Haushalt 2010 Eingang finden müssen und welche wir bis zu einer besseren Einnahmesituation der Region strecken und auf welche Maßnahmen wir ganz verzichten können. Angesichts des eigenen Zuschussbedarfs von rd. 97 Mio. € dürfen mittelfristig Abstriche durch das moderate Kürzen von Angeboten sowie das Verlängern von Takten kein Tabu sein. Ich weiß, dass dies für die eine Seite des Hauses eine heilige Kuh ist, an die sich niemand heranwagt. Aber ohne Kürzungen auch in diesem Bereich können wir den Haushalt nicht konsolidieren.

Die FDP-Fraktion hält Stadtbahnverlängerungen nach Misburg-Nord und nach Hemmingen im Augenblick für verzichtbar. Auch bei der mittelfristigen Planung fordern wir die Mehrheitsgruppe auf, sich auf wesentliche Maßnahmen zu konzentrieren und von utopischen und nicht finanzierbaren neuen Vorhaben schleunigst Abstand zu nehmen. Zu solchen Maßnahmen rechnen wir den Ausbau der D-Linie im Innenstadtbereich Hannovers. Die einzelnen Varianten wurden vorgestellt und sind bekannt. Die oberirdische Lösung ist verkehrstechnisch strittig und wird von uns abgelehnt. Die unterirdische Lösung ist nicht finanzierbar. Wir werden wohl mit der heutigen Streckenführung weiter leben müssen und das ist auch gut so.

Für Investitionen in Straßeninfrastruktur sind im Haushaltsplan 2010 zu unserem Bedauern nur rd. 3,5 Mio. € eingeplant. Hier stimmt die Relation zu den immensen Summen beim ÖPNV nicht. Angesichts des lang anhaltenden strengen Winters müssen wir eine Mittelaufstockung zur Ausbesserung der größten Frostschäden der Regionsstraßen einplanen und dafür Abstriche bei der ÖPNV-Infrastruktur machen. Die FDP-Fraktion würde es begrüßen, wenn künftig kontinuierlich und verlässlich Mittel in angemessener Höhe für den Erhalt des Vermögens der Region, nämlich für das 640 km lange Regionsstraßen-Netz, bereitgestellt werden.

Einen Lichtblick sehen wir in der Ausschreibung des gesamten S-Bahnnetzes zum Fahrplanwechsel 2012. Verkehrsexperten schätzen das Einsparpotential auf bis zu 20 % des derzeitigen Zuschusses, das könnten bis zu 10 Mio. € pro Jahr bedeuten. Hier anerkennen wir ausdrücklich die gute Vorarbeit der Verwaltung.

## **Umwelt und Naherholung**

Klimaschutz hat für uns eine zentrale Bedeutung und bleibt auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten für uns ein wichtiges politisches Anliegen. Mit den Projektmitteln, die wir der Klimaschutzagentur zur Verfügung stellen, werden klimapolitische Maßnahmen für mehr Energieeffizienz und CO<sup>2</sup>-Einsparung umgesetzt und gleichzeitig entscheidende Impulse für die Konjunktur durch das Schaffen zukunftsfester Arbeitsplätze im lokalen Mittelstand gegeben. Die FDP-Fraktion unterstützt daher, dass der Klimaschutzagentur weiterhin Mittel auf demselben Niveau wie in Vorjahren zur Verfügung gestellt werden. Wir begrüßen außerordentlich, dass im Jahr 2010 aufgrund des Einbindens weiterer privater Unternehmen aus dem Bereich der Energiewirtschaft ein sehr viel größerer Anteil an Erträgen für Klimaschutzprojekte in der Region Hannover zur Verfügung stehen wird als das in Vorjahren der Fall war. Hierdurch konnte ein besonders hoher Teil der Einnahmen für die Handlungsfelder energieeffizientes Bauen und energetische Sanierung sowie für Stromeinsparmaßnahmen eingeplant werden. Die Region kann sich bei diesen Projekten auf einen Finanzierungsanteil von 22% bzw. 18% beschränken. Hier zeigt sich, dass Vorbehalte bei einigen Vertretern der politischen Mehrheitsgruppe gegenüber der Einbindung privater Gesellschafter unberechtigt waren. Im Gegenteil: Durch diese Mehreinnahmen können wir für Projekte, für die wir vergleichsweise geringere Einnahmen verzeichnen, wie z. Bsp. für e.coSport oder e.coFit größere Finanzierungsanteile leisten. Die FDP-Fraktion setzt sich für eine noch stärkere Konzentration von Mitteln für Klimaschutzmaßnahmen und -projekte bei der Klimaschutzagentur ein und fordert, dass geprüft wird, welche Aufgaben im Gegenzug aus dem Fachbereich Umwelt reduziert werden können. Wir sollten genau darauf achten, dass auch hier der Aufbau von Doppelstrukturen vermieden, Bürokratie abgebaut und das operative Geschäft besser und schneller vorangetrieben wird. Hier gibt es nach unserer Auffassung Handlungsbedarf in der Verwaltung.

Bei der Naherholung müssen wir genau prüfen, welche Vorhaben wir uns aufgrund der desolaten Haushaltslage zukünftig leisten können. Die Verstetigung des Projektes „Gartenregion 2009“ bedingt aus Sicht der FDP-Fraktion zwingend das Einbinden privaten ehrenamtlichen Engagements und privater Fördergelder. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Verankerung eines Projektbüros an zentraler Stelle innerhalb der

Regionsverwaltung mit der Option, künftig nicht nur über einen jährlichen Grundfinanzierungsbeitrag, sondern auch über ein eigenes Budget zu verfügen, sieht die FDP-Fraktion kritisch: Hierdurch werden langfristig Mehraufwendungen für Personal in der Regionsverwaltung gebunden! Wir favorisieren dagegen eine schlankere Personalstruktur und eine stärkere Einbindung der Hannover Marketing und Tourismus GmbH bei der Vermarktung und Bewerbung von Angeboten. Uneingeschränkt befürworten wir den Erhalt unseres Zoos mit dem gedeckelten jährlichen Zuschuss. Im Gegensatz zu anderen Naherholungsvorhaben besitzt der Zoo seit vielen Jahren überregionale Ausstrahlungskraft und prägt das Image der Region positiv. Im bundesweiten Vergleich ist dieser Zuschuss im unteren Bereich angesiedelt. Die von SPD und Grünen sowie dem Linksbündnis mit Anträgen zum Haushaltsplan 2010 geforderte soziale Staffelung der Eintrittspreise würde folglich eine deutliche Erhöhung der Zuschüsse aus Steuermitteln erforderlich machen und wird von uns abgelehnt.

## **Soziales**

Ich komme zu den wichtigen Bereichen Soziales und Jugendhilfe. Die Verwaltung hat die Kostensteigerungen in der Sozialhilfe gegenüber dem Vorjahr mit 64 Mio. € beziffert. Der Zuschussbedarf der Region wächst auf 569 Mio. € an, dies ist mehr als die gesamte Regionsumlage ausmachen wird.

Die FDP-Fraktion begrüßt, das in dieser Situation trotz aller Sparanstrengungen davon abgesehen wurde, Einschnitte bei den freiwilligen Leistungen für die Arbeit von Wohlfahrtsverbänden und anderen Trägern der sozialen Daseinsvorsorge vorzunehmen. Wir gehen davon aus, dass die Zerstörung dieser gewachsenen Strukturen zu höheren Kosten führen würde als deren Beibehaltung und Weiterfinanzierung. Außerdem kann man mit diesen relativ kleinen Beträgen, die eine sinnvolle Arbeit in der Region sicherstellen, einen Haushalt mit Millionendefiziten nicht sanieren.

Dagegen sind wir als FDP nicht damit einverstanden, das in einem Dezernat mit ordentlichen Aufwendungen von fast einer Milliarde Euro moderne Managementmethoden keinen oder zu spät Einzug halten. Wie in jedem größeren Unternehmen sollten hier Standards festgelegt werden, Kosten- Leistungsrechnungen spätestens mit Einführung der Doppik installiert werden, Berichtswesen, Controlling und andere Mittel einer zeitgemäßen und effizienten Organisation zum Arbeitsalltag gehören. Dies spart Kosten durch Optimierung der Verwaltungsabläufe, was den Empfängern von Leistungen zugute kommt. Auch wenn intern Ansätze für Veränderungen erkennbar sind, wäre es hilfreich, wenn auch externe Fachleute hier zu Rate gezogen würden. Auch dies ist Praxis in allen größeren Unternehmen mit vergleichbar schwierigen Arbeitsabläufen wie in unserem Fachbereich 2. Die FDP-Fraktion fordert dies seit über zwei Jahren, leider ohne Erfolg. Andere Landkreise praktizieren solch externe Begleitung mit großem Erfolg. Zumindest im Haushaltssicherungskonzept haben wir jetzt vernünftige Hinweise gefunden. Wir hoffen nur, dass diese richtigen Zielformulierungen auch in die Tat umgesetzt werden.

Die Neuorganisation der Jobcenter stellt eine besondere Herausforderung dar. Die getrennte Aufgabenwahrnehmung mit deutlich höheren Kosten ist Gott sei Dank vom Tisch. Es wäre für die Region Hannover überaus vorteilhaft gewesen, wenn wir uns frühzeitig auf das Optionsmodell festgelegt hätten, eine Forderung, die die FDP landesweit

von Anfang an vertreten hat. Dies Modell ist nicht nur kostengünstiger umzusetzen sondern auch mit einem besseren Service für die Betroffenen ausgestattet. Wir haben jetzt die Chance, dass der Bund mit einer Gesetzesänderung versäumtes nachholt. Es wäre aus unserer Sicht wünschenswert, wenn niemand in der Regionsversammlung sich in dieser Frage als verlängerter Arm der BA betätigt sondern ausschließlich die beste Lösung für unsere Hilfeempfänger im Auge behält.

Abschließend möchte ich noch zwei Einzelaspekte ansprechen. Dass wir bei der augenblicklichen katastrophalen Haushaltslage die Einführung eines Sozialtickets ablehnen, ist bekannt. Diese und ähnliche Maßnahmen werden wir unterstützen, wenn der Haushalt konsolidiert ist. Das ist allerdings zurzeit nicht erkennbar.

Bei den Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose sind Mehrausgaben von 42 Mio. € und Mindereinnahmen von 7,4 Mio. € in den Haushalt eingeplant. Beide Zahlen sind noch nicht sicher und hängen zum einen vom Ergebnis des Vermittlungsausschusses zum anderen vom Wirtschaftswachstum ab. Die Mehrausgaben sind auf der Basis eines Wirtschaftswachstums von nur 0,5 % geplant und setzen durchschnittliche 68.500 Bedarfsgemeinschaften voraus. Die aktuelle Zahl der Bedarfsgemeinschaften liegt jetzt schon niedriger, das Wirtschaftswachstum wird zwischenzeitlich bei 1,4 - 2,1 % gesehen. Das hätte nicht nur einen Rückgang der Bedarfsgemeinschaften sondern auch Minderausgaben der Region zur Folge. Das hängt auch davon ab, wie schnell das Wachstumsbeschleunigungsgesetz des Bundes Wirkung zeigt. Hier sind Unsicherheiten im Haushalt, die sich zu unseren Gunsten entwickeln können und über die im Laufe des Jahres noch zu diskutieren sein wird.

In der Jugendhilfe bleibt das Thema „Herstellung einer gerechteren Kostenverteilung“ auf der Tagesordnung, nicht zuletzt weil im Spätherbst das neue Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz beraten werden soll. Die FDP-Fraktion hält die Lösung über eine Sonderumlage für einen gangbaren Weg. Gleichzeitig sollten aber auch andere Gerechtigkeitslücken untersucht und zu einer akzeptablen Lösung geführt werden, und zwar im Sinne einer effizienten Arbeit und natürlich einer Kostendämpfung im Haushalt der Region.

## **Haushaltssicherungskonzept und Schlussbemerkungen**

Alle Fraktionen haben festgestellt, dass wir im Ergebnishalt das strukturelle Defizit in Zukunft deutlich zurückfahren müssen, wenn wir als Region handlungsfähig bleiben wollen. In dieser Situation kommt dem Haushaltssicherungskonzept eine noch höhere Bedeutung als in der Vergangenheit zu. Im Vorschlag der Verwaltung für die Jahre 2010 bis 2013 ist nach unserer Auffassung die Haushaltslage korrekt analysiert und die Ziele sind für einen mittelfristigen Abbau der Defizite richtig beschrieben. Eigentlich könnte man dem zustimmen. Wir werden uns als FDP-Fraktion bei der Abstimmung über das HSK dennoch enthalten, weil die Umsetzung der Ziele wenig konkret und teilweise widersprüchlich beschrieben sind. So schließt die Verwaltung auch in begründeten Einzelfällen eine Privatisierung öffentlicher Aufgaben kategorisch aus. Mit ideologischen Gründen allerdings kann man keine Haushaltskonsolidierung betreiben. Das setzt sich auch in Kleinigkeiten fort. Beim Verkauf der Weißen Düne, eine alte FDP-Forderung,

werden von der Verwaltung die Hürden so hoch gelegt, dass interessierte Investoren nach ersten Gesprächen wieder abspringen. So bleibt die Weiße Düne leer stehen, produziert weiter Kosten und die Region bleibt auf ihren Defiziten sitzen. So stellen wir uns die Umsetzung eines Haushaltssicherungskonzepts jedenfalls nicht vor.

Das Hauptproblem scheinen jedoch die Liquiditätskredite zu sein. Die Verwaltung errechnet zum Jahresende einen Bedarf von 693 Mio. €, für kurzfristige Engpässe einen Höchstbetrag von 770 Mio. €. Das sind 65,4 % der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit. Erlaubt sind 16,6 %, danach bedarf es der Genehmigung der Kommunalaufsicht. Wir sind gespannt, wie sich hier das Innenministerium verhalten wird. Aus dieser Situation lässt sich noch eine weitere Folgerung ableiten. Liquiditätskredite haben die Funktion einer kurzfristigen Überbrückung von Engpässen. In unserem Haushalt dienen sie bereits als dauerhaftes Finanzierungsinstrument. Ein Unternehmen würde mit derartigen Zahlen Insolvenz anmelden müssen. Gespannt sind wir deshalb auch, wie die heute noch fehlende Eröffnungsbilanz aussehen wird und wie sich daraus der Stand der Verschuldung der Region ergibt.

Damit wir uns richtig verstehen: wir wollen als FDP die Region nicht kaputt sparen. Wir wollen auch weiter unsere Aufgaben in einem finanziell vertretbaren Rahmen erfüllen. Das geht in Zukunft aber nicht ohne erhebliche Einschnitte, bedingt durch einen zurzeit desolaten Haushalt. Diese Einschnitte sind für uns im Haushalt 2010 nicht in dem notwendigen Umfang erkennbar. Deshalb wird die FDP-Fraktion den Haushaltsplan 2010 ablehnen.